

Die Stadtteilsekretariate vermitteln als Bindeglied zwischen Anliegen des Stadtteils bzw. des Quartiers und der Verwaltung. Grundlage ist §55 bezüglich Mitwirkung der Kantonsverfassung. Die drei Mitwirkungsforen, die zur Umsetzung des Verfassungsartikels im Jahr 2004 installiert wurden, sind identisch mit den Wahlkreisen der Stadt. Ihren Leistungsauftrag beziehen sie aus dem Gesamtstädtischen Konzept der Stadtteilsekretariate Basel.

Das STS KB ist das Mitwirkungsforum des Kleinbasels, das gemäss ihrem Leitbild 2022 als neutraler und unabhängiger Zusammenschluss von Vereinen und Organisationen die Interessen von Bevölkerung und Gewerbe wahrnehmen soll. Im gesamtstädtischen Konzept der Stadtteilsekretariate steht: 'in Absprache mit den Mitgliederorganisationen und der Verwaltung bearbeiten die Stadtteilsekretariate jährlich neu definierte Schwerpunktthemen und dienen als niederschwellige Anlaufstelle für weitere Anliegen im Stadtteil resp. im Quartier.' In der Eigenwahrnehmung beansprucht das STS KB die «Quartiermeinung» abzubilden. Finanziert wird das STS KB in der Hauptsache durch die Finanzhilfe des PDs und durch Beiträge von Stiftungen. Diese beiden Posten betrugen im Jahr 2022 CHF 211K und 2023 CHF 266K. Der grösste Ausgabenposten ist der Betrieb der Geschäftsstelle mit Angestellten.

Im Leitbild steht: *'Wir setzen uns ein für eine niederschwellige Partizipation und befähigen die Bevölkerung, sich bei Entwicklungsprozessen einzubringen und am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen'*.

Die Liste der Mitglieder umfasst derzeit 42 Vereine, Parteien, Kirchen, Quartiertreffpunkte, Genossenschaften und Stiftungen. Seit 2019 traten zahlreiche relevante traditionelle Vereine des Kleinbasels aus dem STS KB aus, wie der Neutrale Quartierverein Oberes Kleinbasel, Dorfverein Pro Kleinhüningen, Drei Ehrengesellschaften, FDP, LDP, Interessengemeinschaft Kleinbasel und letztlich die Mitte. Damit sind weder das Gewerbe, die wichtigste Trägerin des Brauchtums (Vogel Gryff), die Hälfte der neutralen Quartiervereine sowie alle bürgerlichen Parteien nicht mehr im STS KB vertreten.

Ein gemeinsamer Grund war die politische Agenda des STS-Trägervereins und seine Machtverhältnisse. Das STS KB weigerte sich trotz Kritik, sich neutral zu verhalten und auf eigene Stellungnahmen zu stadtbezogenen Projekten oder eigene Eingaben zu verzichten. Beispiele sind unter anderem Positionsbezüge und Mitwirkungsanträge zur Platzbelegung im Kasernenareal, zum Klybeckareal, der Umgestaltung der Solitudepromenade oder der Nutzung der Messehalle 3. Auch die einseitige Setzung von Schwerpunktthemen durch das STS KB und die asymmetrischen Diskurse an Präsenzveranstaltungen werden als Gründe genannt.

Ein zentraler Austrittsgrund für die Mitte Kleinbasel war zudem, dass bei der Erarbeitung des neuen Leitbilds und der neuen Statuten des STS KB der Vorschlag, das STS KB solle keine eigenen Stellungnahmen zu Projekten und Anliegen im Kleinbasel abgeben, um die Neutralität und Ausgewogenheit zu wahren, vom Vorstand abgelehnt und nicht in die Statuten aufgenommen wurde.

Fragen:

- Was wird die Regierung unternehmen, um mehr Ausgewogenheit und Transparenz in der Vertretung der Organisationen des Kleinbasels in der Mitwirkung zu erreichen?
- Wie kann der Auftrag des Gesamtstädtischen Konzeptes der Stadtteilsekretariate von 2004/2009 zur Niederschwelligkeit, Allparteilichkeit und Beteiligung des Gewerbes im KB sichergestellt werden?
- Wie stellt die Regierung sicher, dass dem Gebot der politischen und konfessionellen Neutralität nach §55 KV im STS KB Nachgekommen wird?
- Was wird unternommen, um das verspielte Vertrauen der ausgetretenen Organisationen und Bevölkerungsteils des Kleinbasels zur organisierten Mitwirkung wieder zu erlangen?
- Was beabsichtigt die Regierung zu unternehmen, damit das STS KB die «Quartiermeinung» de facto abbildet?

Pasqualine Gallacchi